

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD

» WIR STELLEN VOR
Unsere Bezirkstags-
kandidat*innen

» WIE KANN EINE
BESSERE VEREINBARKEIT
VON FAMILIE UND
BERUF GELINGEN?



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Ich wünsche euch von ganzem Herzen ein frohes neues Jahr! Das vergangene Jahr war für uns alle sehr herausfordernd. Es wird weltpolitisch sicherlich als Zäsur in die Geschichte eingehen. Als Jahr der Zeitenwende. Aber auch als Jahr, in dem wir uns als Gesellschaft und Politik erfolgreich neu ausgerichtet und neu aufgestellt haben. Und es ist gut, dass an der Spitze in Berlin eine Fortschrittskoalition steht.

Zeitenwende bedeutet eine neue Sicherheits- und Außenpolitik, eine ernsthafte Beschleunigung der Energiewende für mehr Unabhängigkeit vom Öl und Gas der Diktatoren und die Bewältigung der Klimakrise. Und Zeitenwende bedeutet auch ein neues Staatsverständnis. Weg vom neoliberalen Nachtwächterstaat hin zum starken, sozialdemokratisch geprägten Sozialstaat. Wir als SPD arbeiten auf allen politischen Ebenen daran, diesen starken Sozialstaat abzusichern und zu schaffen. Lasst uns mit neuer Energie durchstarten – und genau da weiter machen.

Unser Credo lautet 2023 umso mehr: SPD. Soziale Politik für Dich!

Euer

Nasser Ahmed

PODIUMSDISKUSSION: DIE FEMINISTISCHE REVOLUTION IM IRAN



SPD Nürnberg zeigt sich solidarisch mit iranischen Aktivist*innen und organisierte Podiumsdiskussion.

Am 16. September 2022 starb die 22-jährige Jina (Mahsa) Amini. Zu Tode geprügelt, weil sie gegen die islamischen Kleidervorschriften verstoßen hat. Gestorben, weil ein Regime glaubt, ein Menschenleben sei weniger wert als die Einhaltung ihrer Regeln.

Seit Wochen kämpft im Iran die aktuell kraftvollste, feministische Bewegung weltweit für Menschenrechte. Es geht für sie um Alles oder Nichts. Frauen kämpfen gemeinsam mit Männern für ein selbstbestimmtes Leben – ein Leben, das das iranische Regime auf keinen Fall zulassen will.

Die Proteste im Iran haben eine weltweite Welle der Solidarität ausgelöst. Jin, Jīyan, Azadī – Frauen, Leben, Freiheit ist die Parole, der sich die Menschen im Iran, bei uns in Nürnberg und in weiten Teilen der Welt anschließen.

Wir als SPD Nürnberg haben ein Zeichen der Solidarität gesetzt und iranischen Aktivist*innen eine Bühne gegeben, um über die Situation im Iran zu berichten. Innerhalb von kürzester Zeit haben wir eine Podiumsdiskussion im Gostner Hoftheater auf die Beine gestellt. Am 5. Dezember sind rund 100 Gäste unserer Einladung gefolgt, um mit uns über die aktuelle Situation zu diskutieren und nach Möglichkeiten zu suchen, wie man dem iranischen Volk helfen kann. >>

Unsere Gäste waren die drei iranischen Menschenrechtsaktivist*innen Maede Soltani, Mahdi Khodaei und Dr. Zeynab Mirzaei sowie unsere Nürnberger Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich. Moderiert wurde der Abend von unserem Parteivorsitzenden Dr. Nasser Ahmed.

Zunächst haben unsere Podiumsgäste mit kurzen Anfangsstatements einen groben Überblick über die Situation gegeben. Seit Beginn der Proteste im September wurden laut Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen bereits 300 Menschen umgebracht und fast 16.000 Demonstrant*innen festgenommen. Vielen dieser zu Unrecht inhaftierten Menschen droht nun die Todesstrafe.

In der Diskussionsrunde wurde ganz konkret gefordert, dass der Westen gezieltere Sanktionen gegen das Mullah-Regime erlassen muss. Auch Handlager*innen des Regimes, die hier in Europa ansässig sind, dürfen nicht ohne Konsequenzen davorkommen! Eine weitere große Forderung: die Revolutionsgarden sollen in der EU als Terrororganisationen eingestuft werden.

Gabriela Heinrich hat darüber berichtet, dass Seitens der Politik bereits viele Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um das Regime zu schwächen und das iranische Volk zu unterstützen. So wurden Sanktionen gemeinsam mit den Partner*innen in der EU erlassen. Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wurde auf Initiative von Deutschland und Island eine Resolution verabschiedet und mit ihr eine Fact-Finding-Mission beschlossen. Iraner*innen, die in Deutschland leben, sollen besser geschützt werden. Abschiebungen in den Iran wurden ausgesetzt.

Der Abend hat uns alle gelehrt, dass es wichtig ist, dass wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit hochhalten. Auch wenn die Flut der Medienberichte aus dem Iran nach und nach abebben wird, darf das Thema bei uns nicht an Relevanz verlieren. Wir dürfen nicht einfach wegsehen! Wir müssen den Menschen im Iran zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen, um sie moralisch zu unterstützen und um dem Regime zu zeigen, dass es nicht einfach tun kann was es will! Es ist wichtig, dass wir über dieses Thema reden und dass wir einander zuhören und voneinander lernen. Wir sind dankbar für die vielen Impulse, die wir an diesem Abend für unsere politische Arbeit mitnehmen durften. Es ist wirklich schön zu sehen, dass wir in Nürnberg der Rolle als Stadt des Friedens und der Menschenrechte gerecht werden!



NEUJAHRSGRÜSSE AUS DEM RATHAUS

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen!

Ein weiteres nicht einfaches Jahr mit großen Herausforderungen liegt hinter uns.
Ein neues Jahr vor uns.

Seit bald drei Jahren stellt uns das Leben auf die Geduldprobe. „Wie lange dauert das alles denn noch, wie geht das weiter?“ ist die Frage, die sich jeder von uns mehr als nur einmal gestellt hat. Corona, Ukraine-Krieg, geflüchtete Menschen, der mögliche Energiemangel... um nur einige Stichworte zu sagen, beschäftigen uns mehr oder weniger Tag für Tag.

Wir sind zunehmend ermüdet von den Appellen und Maßnahmen, die staatliche Organe an uns richten, um Schlimmeres zu verhindern.

Corona beschäftigt uns zwischenzeitlich im dritten Jahr. Das schlimme Virus ist leider noch nicht vorbei, auch wenn es im Alltag oft den Eindruck hat. Corona zu bekämpfen heißt: Leben retten. Jeder Mensch, der aus abgewogen respektablen Gründen oder aus einfachem Trotz gegen „das System“ die Impfung verweigert, macht den Erregern den Weg frei. Ich will das so offen formulieren. Das Virus fragt nicht nach Motiven. Es will sich einfach verbreiten und ist dankbar für jede fehlende Schranke.

Wir wissen das alles, können es bald nicht mehr hören. In der ständigen Wiederholung liegt aber der letztlich der Schlüssel, wie uns jene beweisen, die nach langem Zögern sich glücklicherweise eines Guten besinnen und doch noch den Entschluss zur Impfung treffen.

Es hilft nicht, über das ignorante Verhalten jener den Kopf zu schütteln, die sich der größten Lebensrettungsaktion in der Geschichte der Menschheit verweigern. Weiter bringt uns nur, beharrlich zu werben und mit gutem Beispiel voranzugehen. Vielen von uns ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt ein Vorbild. Sein überlegtes Handeln in Krisen wie der Nordsee-Sturmflut oder unter der Bedrohung durch den Terror im „Deutschen Herbst“ imponierte Generationen von Menschen in allen politischen Lagern: Mit kühlem Kopf und streng rational denkend bot er den Herausforderungen die Stirn.

Im Schatten von Corona und dem Ukraine-Krieg sind, in den hinter uns liegenden zwölf Monaten, für Nürnberg gute Dinge auf den Weg gebracht worden. Wir haben es geschafft, unsere großen Zukunftsthemen Klima, Infrastruktur, Wohnen und Mobilität entscheidend nach vorne zu bringen. Durch viel Engagement konnten wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Mehr Grün zur Erholung und zur Entspannung, mitten in der Stadt, konnte erneut zusätzlich geschaffen werden. Das aktuell größte Infrastrukturprojekt mit über 300 Millionen Euro Investitionssumme, der Neubau der Hafenbrücken, konnte gestartet werden. Schulen und Kindergärten/ Horte konnten erfolgreich gestartet und teilweise auch abgeschlossen werden. Eine wichtige Weichenstellung waren wieder die Haushaltsberatungen. Trotz der angespannten Lage wurden weitreichende und zielführende Beschlüsse gefasst. Auch im besagten mittelfristigen Haushaltsplan ist die Handschrift der SPD wieder sehr deutlich wahrnehmbar.

Die Berufsmäßigen Stadträt*innen der SPD, Elisabeth Ries, Harald 'Harry' Riedel und Daniel Ulrich (parteilos), die in der Stadtspitze neben mir als Bürgermeister Verantwortung tragen, sind und bleiben sichere Garanten für ein offenes, zukunftsfähiges und soziales Nürnberg. Wir werden auch weiterhin in der nun beginnenden zweiten Hälfte unserer Amtszeit, im Sinne der Bürgerschaft und zum Wohle unserer Stadt aktiv bleiben.

Besonders will ich an dieser Stelle noch unseren langjährigen Referenten für Finanzen, Personal und Digitales, Harry Riedel, erwähnen. Seine Amtszeit wird am 30.4.2023 enden. Ein Schwergewicht wird die Stadtspitze damit verlassen, er wird nicht nur mir fehlen. Harry war in seinem schwierigen Amt stets ein verlässlicher und wichtiger Partner. Trotz der Haushaltsnöte haben wir immer gemeinsam nach Wegen und damit Lösungen gesucht und in der Regel auch gefunden.

Das Miteinander war und ist unser wichtigstes Tun, dies gilt innerhalb aber auch außerhalb der städtischen Verwaltung. Es ist deshalb wichtig und gut, dass wir auch auf eine großartige Unterstützung aus der Bürgerschaft zählen konnten. Spontane Hilfsbereitschaft zeigte sich in unserer Stadt in vielerlei Hinsicht. Bürgerschaftliches Engagement war mehr denn je eine Stütze in unserer Stadtgesellschaft. Schön zu sehen, wie die Menschen nicht nur in unserer Stadt zusammenstehen, sondern auch andere in der Not, z.B. die Zufucht bei uns suchen, nicht im Stich lassen.

Nürnberg ist eine solidarische Stadt mit großem Potenzial. Trotz aller bestehenden Probleme: Wir haben allen Grund, das Jahr 2023 zuversichtlich und mit Freude zu begrüßen. Dabei dürfen wir jedoch nie vergessen, dass Vorsicht und Disziplin mehr denn je zu unserem Leben gehören. Wir werden auch in Zukunft als verlässlicher und vorausschauender Partner in der Politik als Nürnberger SPD gebraucht. Arbeiten wir weiter gemeinsam Hand in Hand für ein lebenswertes und erfolgreiches Nürnberg. Das heißt nicht, dass man immer 100% einer Meinung sein soll und muss. Es heißt, dass wir ein gemeinsames Ziel in und für Nürnberg haben, genau dafür steht die SPD und ihre engagierten Mitglieder – und das ist gut so.

Viele Grüße, verbunden mit dem herzlichen Dank für das Miteinander im letzten Jahr und alles Gute für 2023. Stets viel Glück, Freude und immer Euch auch das nötige Wohlergehen.

Euer/ Ihr


Christian Vogel

SCHNELLE FRAGEN AN ...

UNSERE BEZIRKSTAGSKANDIDAT*INNEN 2023

Die Kandidat*innen für die Landtags- und Bezirkstagswahl 2023 stehen endlich fest. Jetzt wird es Zeit für ein erstes Kennenlernen. Die Landtagskandidat*innen haben wir euch bereits im Dezember vorgestellt. Nun wird es Zeit für die Bezirkstagskandidat*innen. Wir haben Ihnen schnelle Fragen zu den unterschiedlichsten Themen gestellt und sie haben uns darauf geantwortet.

Warum Politiker*in?

Um denen eine lautere Stimme zu geben, die nicht gehört werden, oder nicht für sich selbst sprechen können.

Größte Stärke?

Meine Energie

Größte Schwäche?

Zimmerpflanzen haben bei mir keine Überlebenschance

Größtes Ziel im Leben?

Gesundheit und viele glückliche Momente

Politisches Ziel?

Für gerechte Lebensverhältnisse sorgen

Größte Angst?

Stillstand

Größte Freude?

Zeit mit Familie und guten Freunden

Vorbild?

Heinrich Reiß, Gisela Niclas und Christa Naaß

Negatividol (außer Markus Söder)?

Was bereitet dir Freude?

Sport, draußen sein, gutes Essen und Zeit mit lieben Menschen

Was treibt dich auf die Palme?

Unpünktlichkeit

Selbstportrait?

Begeistert – Aufmerksam – Bodenständig – Immer aktiv

Lieblingsgericht?

Bolognese

Bier oder Wein?

Lass ich sein ;)

Lieblingort im Stimmkreis?

Der Schwabacher Marktplatz



MAGDALENA REISS

Wahlkreis: Nürnberg Süd und Schwabach





ARNE ENGELHARDT

Wahlkreis: Nürnberg Ost



Warum Politiker*in?

Nicht nur meckern, sondern auch machen!

Größte Stärke?

Hilfsbereitschaft und Gelassenheit

Größte Schwäche?

Heidesand (wer es kennt) – Spaß beiseite... „Organisiertes“ Chaos...

Größtes Ziel im Leben?

Guter Freund, Sohn, Bruder, Ehemann, und irgendwann Vater zu sein.

Politisches Ziel?

Optimistisch und zukunftsorientiert – also ganz sozialdemokratisch – mitgestalten für eine solidarische-ökologische Gesellschaft, die Wohlstand ermöglicht.

Größte Angst?

Größte Freude?

Having such a good time – mit Familie und/oder Freunden

Vorbild?

Mein Vater

Negatividol

(außer Markus Söder)?

Idole und negative Behaftung??? ---

Was bereitet dir Freude?

Tage, an denen ich etwas für die Menschen um mich herum voranbringen konnte.

Was treibt dich auf die Palme?

Inkompetenz und ideologische Verblendung

Selbstportrait?

Balu der Bär und ein bisschen Baghira

Liebblingsgericht?

Königsberger Klopse

Bier oder Wein?

Je nach Lage der Dinge – heute wohl Glühwein

Liebblingsort im Stimmkreis?

Meine Terrasse – Ruhe, Erholung, Philosophieren mit Familie, Freunden, Genoss*innen, Grillfeste, Adventsfeiern...

Warum Politiker*in?

Gegenwärtig bin ich noch ein politischer interessierter Bürger, der ein politisches Amt anstrebt, um zu erreichen, dass Menschen im Bezirk Mittelfranken selbstbestimmter leben können

Größte Stärke?

Sehr schnelle Auffassungsgabe und guter Durchblick

Größte Schwäche?

Mir sind Inhalte wichtiger, als meine Person und mein persönlicher Vorteil

Größtes Ziel im Leben?

Eine Familie gründen (erfüllt)

Politisches Ziel?

Das Maximum an Freiheit und Gleichheit erreichen

Größte Angst?

Krieg

Größte Freude?

Mein Sohn

Vorbild?

Meine Eltern

Negatividol

(außer Markus Söder)?

Gerhard Schröder

Was bereitet dir Freude?

Jede Form der Entspannung (Reisen, Schwimmen, Lesen, meine Frau und mein Sohn...)

Was treibt dich auf die Palme?

Ständiges „sticheln“

Selbstportrait?

Freundlich, intelligent, sportlich, gebildet, aber leider wirke ich manchmal etwas reserviert

Liebblingsgericht?

Reisbrei

Bier oder Wein?

Wein bei besonderen Anlässen

Liebblingsort im Stimmkreis?

Aussichtsplattform auf der Burg



VICTOR STROGIES

Wahlkreis: Nürnberg Nord



Warum Politiker*in?

Die Wähler*innen verlangen dringend authentische und fachkompetente Politiker*innen.

Größte Stärke?

Resilienz

Größte Schwäche?

Schokolade

Größtes Ziel im Leben?

Meine drei Töchter möglichst lange auf ihrem Lebensweg begleiten.

Politisches Ziel?

Soziale Politik für Alle

Größte Angst?

Aushöhlung der Demokratie durch Nationalisten, Populisten oder Reichsbürger

Größte Freude?

Die SPD Bayern gewinnt die Bezirks- und Landtagswahlen.

Vorbild?

Meine 97-jährige Oma mit ihrem unglaublichen Lebenswillen.

Negatividol (außer

Markus Söder)?

Unerfahrene und manipulative Menschen ohne Rückgrat

Was bereitet dir Freude?

Mit meiner Familie bei gutem Essen über Gott und die Welt reden.

Was treibt dich auf die Palme?

Endlosdiskussionen ohne Ergebnisse

Selbstportrait?

Die Augen sind der Spiegel der Seele.

Liebblingsgericht?

Kartoffelgerichte

Bier oder Wein?

Unser selbstgebrautes Bier vom Schwabacher Brauverein

Liebblingsort im Stimmkreis?

Am neuen Kanal

SABINE KNUHR

Wahlkreis: Nürnberg West



Warum Politiker*in?

Die Wähler*innen verlangen dringend authentische und fachkompetente Politiker*innen.

Größte Stärke?

Resilienz

Größte Schwäche?

Schokolade

Größtes Ziel im Leben?

Meine drei Töchter möglichst lange auf ihrem Lebensweg begleiten.

Politisches Ziel?

Soziale Politik für Alle

Größte Angst?

Aushöhlung der Demokratie durch Nationalisten, Populisten oder Reichsbürger

Größte Freude?

Die SPD Bayern gewinnt die Bezirks- und Landtagswahlen.

Vorbild?

Meine 97-jährige Oma mit ihrem unglaublichen Lebenswillen.

Negatividol (außer

Markus Söder)?

Unerfahrene und manipulative Menschen ohne Rückgrat

Was bereitet dir Freude?

Mit meiner Familie bei gutem Essen über Gott und die Welt reden.

Was treibt dich auf die Palme?

Endlosdiskussionen ohne Ergebnisse

Selbstportrait?

Die Augen sind der Spiegel der Seele.

Liebblingsgericht?

Kartoffelgerichte

Bier oder Wein?

Unser selbstgebrautes Bier vom Schwabacher Brauverein

Liebblingsort im Stimmkreis?

Am neuen Kanal



von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Eines der zentralen Themen im kommenden Landtagswahlkampf wird für die SPD Bayern die Bildung sein, ein Feld, in dem sie der Landesregierung komplettes Versagen attestiert. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Lehrer*innenmangel, Stundenausfälle, das dreigliedrige Schulwesen mit „Grundschulabitur“, immer größere Klassen, Inklusion, die den Namen nicht verdient, gescheiterte Konzepte im Corona-Lockdown auf dem Rücken der Familien, praxisfernes Lehramtsstudium usw. Die Versäumnisse der CSU und der Freien Wähler bringen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte an ihre Grenzen.

Die Landtagskandidat*innen der SPD Nürnberg stellten am 14. November im Karl-Bröger-Zentrum ihre Vorstellungen für Wege aus der Bildungsmisere in Bayern vor. **Claudia Kupfer-Schreiner**, **Michaela Schwegler** und **Detlef Classe** vom Vorstand der Afb Nürnberg fragten konkret nach bei **Claudia Arabackyj**, **Aynur Kir**, **Arif Taşdelen** und **Michael Ziegler**.

Warum es dem Kultusministerium seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht gelingt, den Lehrer*innenbedarf zu berechnen, bleibt **Michael Ziegler** ein Rätsel. Er fordert endlich eine fundierte Prognose und Planung, schließlich sollte es ja möglich sein, von der Zahl der Neugeborenen auszugehen und da-

raus eine erste Schätzung zu erstellen. **Aynur Kir** betont, dass das Ressortdenken einer dringenden Korrektur bedarf und sowohl die vorschulische Erziehung als auch multiprofessionelle Teams von enormer Bedeutung sind. In den Teams sollen z.B. Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Lehrkräfte zusammenarbeiten mit Förderlehrer*innen. Hier knüpft **Claudia Arabackyj** an und fordert die längst überfällige Öffnung von Schule zur freien Jugendarbeit und zu den soziokulturellen Einrichtungen im Stadtteil. Wichtig ist ihr auch, dass „ihre“ Schule der Zukunft eine Schule mit weniger Leistungsdruck und ohne „bulimisches Lernen“ wäre. Auf die Frage, wo man konkret ansetzen müsste, meint **Arif Taşdelen**, der mit dem Bildungsnotstand als Landtagsabgeordneter und Generalsekretär der Bayern-SPD ständig konfrontiert ist, dass einzelne Maßnahmen nur Flickwerk seien und die ganze bayerische Bildungslandschaft auf neue Füße gestellt werden müsste.

Die aktuelle Bildungspolitik mit ihrer Dreigliedrigkeit bietet, so die übereinstimmende Meinung aller Anwesenden, keinerlei Lösungen für die Bildungskrise in Bayern mit den durch Lehrer*innenmangel bedingten enormen Stundenausfällen, mit immer größeren Klassen oder dem unverdient schlechten Image der Mittelschule, das dazu führt, dass kaum noch Studierende dieses Lehramt studieren wollen. Was in München seit Jahr-

zehnten passiert, sei Staatsversagen auf der ganzen Linie. Hinzu kommen **populistische Ankündigungen** des Ministerpräsidenten wie zum Beispiel zur Anhebung der Lehrbesoldung in Grund- und Mittelschulen, worüber man ins Staunen gerät, lehnte doch die Regierungsmehrheit im Landtag mit CSU und Freien Wählern erst im September einen Antrag der SPD und der Grünen genau dazu ab.

Mit einem weitreichenden, rigorosen Vorschlag, der von allen Anwesenden mit großem Beifall unterstützt wurde, endete die Versammlung: **Weg mit dem Kultusministerium!** Ein Ressort, das sich in den vergangenen Jahrzehnten als inkompetent, ineffizient und unfähig erwiesen hat. Bayern braucht stattdessen radikal neue Strukturen, die Schule, Soziales, Kultur und Familie gleichermaßen im Blick haben. Bayern braucht ein neues Bildungsministerium, das endlich auch den Bedarf an Lehrkräften und Lehramtsstudierenden professionell errechnet und dann langfristig plant.

Unsere Landtagskandidat*innen packten zum Abschluss noch einige weitere Forderungen symbolisch in ihren „Bildungskoffer“. Konsens ist: es gibt wahnsinnig viel zu tun, wenn wir ein gerechteres Bildungssystem in Bayern schaffen möchten. Somit starten wir alle mit Schwung in den Bildungswahlkampf 2023!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Das erste Jahr der SPD-geführten Ampel liegt hinter uns. Viele Entscheidungen aus dem letzten Jahr werden pünktlich zum 1. Januar oder im Laufe des Jahres in Kraft treten. Was haben wir gemacht und was kommt noch?

> Offiziell starten die **Gas- und die Strompreisbremse** aus technischen Gründen zum 1. März 2023. Allerdings haben wir sie so ausgeweitet, dass rückwirkend auch für Januar und Februar entlastet wird. Niemand wird dadurch niedrigere Energiekosten haben als vor dem russischen Angriff auf die Ukraine – also bevor Putin uns den Gashahn zugekehrt hat. Wir ziehen aber eine Belastungsobergrenze. Damit haben wir einen längerfristigen Schutz, für den wir 200 Milliarden Euro investieren. Mit 100 Milliarden Euro hatten wir im letzten Jahr schon Einmalzahlungen zur Unterstützung geleistet. Auf Druck der SPD gibt es auch für Heizöl- oder Pellet-Heizungen eine Entlastung (allerdings nur bei sehr hohen Mehrkosten).

> Letztes Jahr haben wir die **Energiewende** schon beschleunigt, zum Beispiel mit einfacheren Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das werden wir 2023 fortsetzen! Wir müssen noch schneller werden – nicht nur für das Klima, sondern auch, um schnell unabhängiger zu werden. Hilfreich wäre dieses Jahr ein Regierungswechsel in Bayern. Denn die CSU hat Bayern bei der Windkraft zu einem Schlusslicht gemacht. Auf die Grünen sollte niemand als Alternative setzen. Die haben Baden-Württemberg zu einem Windkraft-Schlusslicht gemacht. Voran geht es mit einer realen Energiewende – und für diese braucht man Bagger statt großer Worte – nur mit der SPD. Das ist sehr schön beim Spitzenreiter Niedersachsen oder auch in Brandenburg zu sehen.

> Zum 1. Januar treten zahlreiche Entlastungen in Kraft. Bei der **Einkommenssteuer** entlastet ab dem 1. Januar das Inflationsausgleichsgesetz: alleine 2023 um über 18,6 Milliarden Euro. **Familien** können sich ab Januar über deutlich mehr **Kindergeld** freuen. Wir erhöhen es kräftig auf 250 Euro. Dafür hatte sich speziell die SPD in der Ampel eingesetzt. Eine Familie mit zwei Kindern bekommt damit aufs Jahr gerechnet 744 Euro mehr. Wer trotz Erwerbstätigkeit nur wenig verdient, kann darüber hinaus den **Kinderzuschlag** bekommen. Dieser steigt auf Initiative der SPD ab Januar auf bis zu 250 Euro. Ein weiteres Mal erhöhen wir den **Entlas-**



WAS BRINGT DAS NEUE JAHR?

tungsbetrag für Alleinerziehende. Noch in der „Pipeline“ ist unser nächstes Zukunftsprojekt, die **Kindergrundsicherung**. Diese soll Leistungen verbessern und zusammenfassen. Viele wissen gar nicht, dass ihnen ein Kinderzuschlag zusteht oder sie scheuen den Weg zum Amt. Künftig sollen ihn Anspruchsberechtigte automatisch bekommen.

> Auf Druck der SPD haben auch die **Rentnerinnen und Rentner** eine Energiepauschale bekommen. 2023 werden wir weiter für ein stabiles Rentenniveau und bezahlbare Beiträge kämpfen – das hatten wir mit dem Modell der „doppelten Haltelinie“ schon in der Großen Koalition zumindest bis 2025 durchgesetzt. Jetzt kommt ein neues **Rentenpaket**, mit dem wir die Weichen für die Zeit danach stellen. Zum Glück mit einer SPD-geführten Bundesregierung!

> Zum 1. Januar startet das reformierte **Wohngeld**. Deutlich mehr Erwerbstätige sowie Rentnerinnen und Rentner mit kleinem Einkommen können es nun beantragen, auch für steigende Heizkosten. Erwerbstätige mit Einkommen unter 2.000 Euro werden zudem von Sozialabgaben entlastet – ohne dadurch Leistungen zu verlieren: Dauerhafte Hilfe für Menschen, die trotz harter Arbeit wenig verdienen.

> Zum 1. Januar tritt das neue **Bürgergeld** in Kraft. Zwar konnten es nur Kompromisse durch den Bundesrat bringen. Alles Wesentliche haben wir aber bewahrt: Im Zweifel Berufsausbildung statt Vermittlung in irgendeinen Aushilfsjob. Wer sich

nachhaltig weiterbildet, bekommt einen Bonus. Wer vor der Arbeitslosigkeit gespart hat, darf mehr behalten. Weniger Sanktionen, mehr Kooperation und Chancen. Es gibt zudem eine deutliche Erhöhung, die die Inflation berücksichtigt.

> 2023 werden wir endlich das **Demokratiefördergesetz** verabschieden, für das die SPD seit Jahren kämpft (und das von CDU und CSU ebenso lange bekämpft wurde). Damit gibt es künftig eine verlässliche Finanzierung für Projekte – auch in Nürnberg – für Demokratie und gegen Rechts-Extremismus, Verschwörungstheorien und Hass. Die Razzia gegen die Reichsbürger hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass eine Demokratie sich wehrt. In diesem Sinne wollen wir es erleichtern, Verfassungsfeinde aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen.

> Hoffentlich im Frühjahr startet das bundesweit gültige **„Deutschlandticket“** für den ÖPNV zum Preis von 49 Euro pro Monat. Wer hatte dafür im August 2022 das Konzept erarbeitet und vorgeschlagen? Nein, nicht die Grünen. Die SPD!

Aus dem letzten Jahr war zu lernen, dass man eigentlich gar nichts planen kann. Aber: schon letztes Jahr haben wir beides getan: Krisenpolitik PLUS unsere „normalen“ Vorhaben. So machen wir das weiter. Mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler, der nicht die Nerven verliert!

Ich wünsche Euch allen ein schönes, gesundes und friedliches neues Jahr!

ZWISCHENBILANZ NACH SIEBEN

MONATEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS NSU II:

ES GEHT VORAN — DOCH VIELE FRAGEN OFFEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Seit nunmehr sieben Monaten ist der Untersuchungsausschuss NSU II im Bayerischen Landtag etabliert und hat bisher 17 Sitzungen abgehalten. Auf Antrag der SPD Landtagsfraktion und Bündnis90/Die Grünen hat der Bayerische Landtag seinen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt, die konstituierende Sitzung fand am 19. Mai 2022 statt. Diesem Ausschuss gehören elf Mitglieder an (fünf von der CSU, zwei von Bündnis90/Die Grünen und Freie Wähler, eine Person stellen wir, die FDP und die rechtsextreme AfD). Wegbereiterin dieses Untersuchungsausschusses war insbesondere die Resolution des Nürnberger Stadtrats vom Mai 2021. Der Nürnberger Stadtrat hat einen Untersuchungsausschuss im Landtag gefordert. Für diese Initiative bin ich insbesondere der SPD-Fraktion im Nürnberger Stadtrat dankbar. Denn schon der erste NSU Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag, der von 2012 bis 2013 tagte, hat uns in seinem Abschlussbericht ins Stammbuch geschrieben, dass ein zweiter nötig sei, da aufgrund des damals laufenden NSU-Prozesses nicht alle Akten so umfangreich vorlagen. Auch wurde ich persönlich von Angehörigen der NSU-Opfer darum gebeten, mich für diese „Neuaufgabe“ einzusetzen, da sich die Angehörigen Aufklärung und Aufarbeitung wünschen.

Dieser zweite Untersuchungsausschuss hat nun die Aufgabe, sich ein Gesamtbild über das NSU Unterstützungsnetzwerk in Bayern zu verschaffen und dabei in Erfahrung zu bringen, über welche Erkenntnisse die bayerischen Sicherheitsbehörden verfügten und wo Defizite in der Behördenarbeit vorlagen. Darüber hinaus soll das Gremium offene Fragen und mögliche Fehler der bayerischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, einschließlich der zuständigen Ministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträger untersuchen. Mein Anliegen als Mitglied in diesem Untersuchungsausschuss ist es, möglichst viel Licht ins Dunkle zu bringen, indem wir die rechtsextremen Strukturen in Bayern aufdecken und die Rolle der V-Leute aufklären, damit so etwas wie die NSU-Mordserie nie wieder geschieht. Wir sind es den Opfern, ihren Familien und allen Nürnberger*innen schuldig.

Am 14. Oktober war ich Gast bei einer Podiumsdiskussion des Bayerischen Rundfunks und der Nürnberger Nachrichten zum Thema: „Viele offene Fragen — was kann der NSU Untersuchungsausschuss noch aufklären?“ Weitere Gäste waren Landtagsabgeordnete aller im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen, sowie Journalist*innen vom BR und der NN. Dort wurden die Anfänge der Terrorserie skizziert: Als rechtsextremistische Terrorgruppe verübte der NSU zwischen 1999 und 2011 zahlreiche Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle und beging 10 Morde sowie weitere Mordversuche. Nürnberg war mit drei Todesopfern besonders betroffen von den Gräueltaten des NSU-Terrors. Die Mordserie begann im Juni 1999: In der Gaststätte von Mehmet O. in der Nürnberger Scheuerlstraße explodierte eine als Taschenlampe getarnte Rohrbombe, die ihn schwer verletzte und nur überlebte, weil die Taschenlampe-Bombe fehlerhaft konstruiert war. Erst 2013 wurde bekannt, dass auch dieses Attentat auf das Konto der Rechtsterroristen um Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt geht. Stattdessen wurde gar gegen Mehmet O. und seinen Freundeskreis ermittelt. Für mich ist es ein Justizskandal, dass die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth 1999 nur wegen Körperverletzung ermittelt hat. Hätte man wegen versuchten Mordes ermittelt, wäre der Anschlag beim Bundeskriminalamt in einer bundesweiten Sprengstoffdatei aufgeschlagen. Vielleicht wäre dann aufgefallen, dass ein Jahr zuvor in Jena eine von Beate Zschäpe angemieteten Garage durchsucht worden war, in der 1,4 Kilogramm TNT-Sprengstoff und mehrere Rohrbomben gefunden wurden. Damals tauchten die drei Terroristen ab, das Kerntrio ging in den Untergrund. Hier stellt sich also die Frage, ob die Morde hätten ver-

hindert werden können, wenn die Behörden in die richtige Richtung ermittelt hätten. Auch dieser Frage gehen wir im Untersuchungsausschuss nach. Der zweite Themenkomplex des Abends drehte sich um Vernichtung von wichtigen Daten und Akten durch Behörden. So konnte dieser Untersuchungsausschuss bereits nachweisen, dass ein riesiger Datensatz des bayerischen Landeskriminalamts mit Informationen zum Umfeld des NSU im Oktober 2021 gelöscht wurden — wohlgermerkt ein Tag nachdem im Innenausschuss zur Sprache kam, dass es einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss geben könnte. Außerdem haben diese Akten Informationen über Susann E. enthalten, einer engen Vertrauten Zschäpes. Mehmet O. hatte sie 15 Jahre nach dem Taschenlampen-Anschlag auf Fotos wiedererkannt, die ihm das BKA vorgelegt hatte. Doch vernommen wurde E. nie. Für mich ist das ein weiterer systematischer Ermittlungsfehler.

Mehmet O. war auch bereits als Zeuge in einer Sitzung des Untersuchungsausschusses geladen, in der er den Wunsch äußerte, seinen Namen am Mahnmal für die Opfer der NSU-Gewalttaten am Kartäuser Tor in Nürnberg eingetragen zu haben. In einem Schreiben an den Nürnberger Oberbürgermeister, habe ich dieses Ansinnen deutlich gemacht und hoffe, dass die Stadt diesem Wunsch nachzukommen.

Sicherlich ist es eine Herausforderung, nach all den Jahren vollständig aufzuklären, wer dem NSU-Kerntrio bei seinen Taten geholfen hat, doch wir als politische Verantwortungsträger haben den Angehörigen der Opfer und den Überlebenden, sowie der Öffentlichkeit damals eine vollständige und rückhaltlose Aufklärung der Taten des NSU, ihrer Hintergründe und Zusammenhänge versprochen. Daran arbeite ich.



SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Am 07. Dezember 2022 wurde durch das Innenministerium im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zur aktuellen Lage sowie zu künftigen Entwicklungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) in Bayern berichtet. Als Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion habe ich an diesem Bericht teilgenommen und im Anschluss offene Fragen zum Thema geklärt.

Wie ist der Sachstand?

Zu kritischen Infrastrukturen gehören zehn Sektoren: Transport & Verkehr, Wasser, Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik & Telekommunikation, Abfallentsorgung, Medien & Kultur, Staat & Verwaltung. All diese Sektoren erfüllen grundlegende Funktionen in unserer Gesellschaft. Bei einem Ausfall auch nur eines Teilbereichs eines Sektors ist mit direkten Auswirkungen auf unser Alltagsleben zu rechnen. Bei größeren Ausfällen sind Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten. Genau deswegen bereiten sich die Einrichtungen aller Sektoren auf mögliche Gefahren vor. Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Vorbereitungen auf alle möglichen Gefahren nicht erst mit den aktuellen Diskussionen begonnen haben. Es wird schon seit Jahren an einer standhaften Sicherheitsarchitektur gearbeitet.

Die meisten Einrichtungen im Bereich der kritischen Infrastrukturen liegen in privater Hand. Somit sind die privaten Betreiber der Einrichtungen auch primär dafür verantwortlich, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen für ihre Einrichtungen zu ergreifen. Der Staat wird meistens nur beratend tätig und stellt in Gesetzen Regeln für ein Mindestmaß an Sicherheitsvorkehrungen auf. Derzeit sind die Regelungen in den einzelnen Sektoren jedoch noch sehr uneinheitlich und in vielen verschiedenen Gesetzen geregelt. Insgesamt besteht bei allen privaten Betreibern von kritischen Infrastrukturen aber eine hohe Wachsamkeit und somit ein hohes Schutzniveau.

Neben privaten Einrichtungen liegt ein Teil der kritischen Infrastrukturen in staatlicher Hand. So ist zum Beispiel auch die öffentliche Verwaltung möglichst gut vor allen möglichen Gefahren zu schützen. Auf einzelne Institutionen, wie die Polizei, die Feuerwehren, die Rettungsdienste und Katastrophenschutzorganisationen und -behörden, kommen im Fall eines größeren Ausfalls kritischer Infrastrukturen, wie bei einem Blackout, zusätzliche Herausforderungen zu, für die gesonderte Vorbereitungen getroffen werden müssen.

Was wird aktuell für einen besseren Schutz von KRITIS getan?

Die aktuelle Situation, der Krieg in der Ukraine und die Befürchtungen eines Blackouts, haben die Wachsamkeit hinsichtlich des Schutzes kritischer Infrastrukturen deutlich erhöht. Obwohl bereits ein sehr hohes Schutzniveau besteht, werden die noch bestehenden Mängel jetzt aus dem Weg geräumt. Insbesondere das Bundesinnenministerium, geführt von SPD-Ministerin Nancy Faeser, ist hier sehr ak-

tiv. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern soll ein sog. KRITIS-Dachgesetz verabschiedet werden, das bestehende Regelungslücken zum Schutz kritischer Infrastrukturen schließt und die Sicherheitsstandards bundesweit vereinheitlicht. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Gesetz Regelungen zur klaren Identifikation kritischer Infrastruktur, zur Erforschung möglicher Risiken für diese, zur verbindlichen Erhöhung des Schutzniveaus, zur Erkennung und Behebungen von Störungen im Gesamtsystem und zur Schaffung eines institutionellen Rahmens treffen.

Neben dieser wichtigen Entscheidung auf Bundesebene bereitet sich auch das bayerische Innenministerium intensiver auf den Schutz kritischer Infrastrukturen vor. Für die bayerische Polizei hat dazu eine eigene Arbeitsgruppe mögliche Risiken erforscht und Lösungsvorschläge gemacht, die derzeit in den einzelnen Präsidien umgesetzt werden. Weiterhin steht man im Austausch mit den Kommunen und Katastrophenschutzorganisationen, um diese bei den Vorbereitungen zum Beispiel auf einen Blackout zu unterstützen. Im Jahr 2023 wird eine strategische Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung – LÜKEX 2023 – stattfinden, die sich mit dem Szenario eines Cyberangriffs auf das Regierungshandeln beschäftigen wird. An dieser werden auch private Betreiber kritischer Infrastrukturen teilnehmen.

Dem Schutz kritischer Infrastrukturen in Bayern ist somit ein positives Zeugnis auszustellen. Durch die angekündigten Maßnahmen wird das Schutzniveau noch weiter erhöht. Als SPD-Landtagsfraktion werden wir die Maßnahmen weiterhin kritisch begleiten und regelmäßig Nachfragen zur Umsetzung und zur Reaktion auf neue Gefahren stellen.

VERLEIHUNG DES BAYERISCHEN VERFASSUNGSORDENS

Am 02. Dezember 2022 wurde mir der Bayerische Verfassungsorden von der Präsidentin des Bayerischen Landtags verliehen. Damit werden Bürger*innen ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise um die Verwirklichung der Grundsätze der Bayerischen Verfassung verdient gemacht haben. Der Bayerische Verfassungsorden gehört dabei zu den staatlichen Auszeichnungen, die im Freistaat Bayern am seltensten verliehen werden.

Ich war deshalb sehr überrascht und habe mich aber auch sehr gefreut. Der Bayerische Verfassungsorden wurde mir für meine langjährige Arbeit im Landtag und mein ehrenamtliches Engagement in den zurückliegenden Jahren verliehen.



Mit Verena Bentele (frühere Paralympics-Siegerin, jetzt Bundesvorsitzende des VdK) und Peter Mosch (Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Audi AG) - beide SPD

1933: DIE ROTE FESTUNG

WIRD DUNKEL

von KERSTIN GARDILL

Wie kaum ein anderes Gebäude steht das heutige Karl-Bröger-Haus für die traditionellen Werte der Arbeiterbewegung: Freiheit. Gerechtigkeit. Solidarität. Als die Nationalsozialisten das Haus im März 1933 besetzten, war es damit für zwölf dunkle Jahre vorbei. Es folgten Jahre des Terrors und Gräueltaten. Das ehemalige Verlagsgebäude der größten sozialdemokratischen Tageszeitung „Fränkische Tagespost“, das zugleich Sitz der SPD und der Arbeiterwohlfahrt gewesen war, wurde nach dessen Erstürmung von den Nationalsozialisten dazu genutzt, um hier ihre Hetzschriften zu drucken.

1930 bis 1933

Zum Zeitpunkt seiner Erbauung war das Karl-Bröger-Haus das modernste und höchste Gebäude der Stadt. Vor allem die Beleuchtung der Außenfassade ließ und lässt Passanten bis heute staunen. Die Architekten Hans Müller und Karl Kröck orientierten sich am damals hochmodernen Stil der „neuen Sachlichkeit“, auch bekannt als „Bauhaus“. Ihnen gelang es, vor allem durch den exponierten sechsstöckigen Mittelbau, ein ebenso imposantes, ja fast festungsähnliches Gebäude zu erbauen, das trotzdem einen Charakter der Offenheit und Flexibilität ausstrahlte. Offen und flexibel deshalb, weil das Haus einer der ersten reinen Stahlträgerbauten überhaupt gewesen ist und die Wände bis heute nach Belieben versetzt werden können, um neue Räume entstehen zu lassen. Offen auch deswegen, weil es von Anfang an als Ort der Begegnung gedacht war.

Die Nazis stürmen das rote Haus

Die große Zäsur kam im März 1933. Die Nationalsozialisten machten bei ihrer Machtergreifung natürlich nicht Halt vor dem Prestigebau der Nürnberger Arbeiterschaft. Das Haus wurde binnen kürzester Zeit gestürmt – übrigens unter der Leitung des fränkischen Gauleiters Julius Streicher, der persönlich dazu kam, um das zerstörerische Treiben von SA und SS zu begutachten. Innerhalb von kürzester Zeit war das Haus, das ursprünglich gebaut wurde, um Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach außen zu tragen in der Gewalt der Nazis. Die Sozialdemokraten und Redakteure der „Fränkischen Tagespost“ hatten noch versucht, das Haus vor den Nationalsozialisten zu schützen. Leider vergeblich.

Augenzeugen erinnern sich

Hier die Erinnerungen des damaligen Chefredakteurs der „Fränkischen Tagespost“ im

Interview mit dem Stadtarchivar Häußler aus dem Jahr 1966: „Häußler: Wann wurden Sie in Schutzhaft genommen? Riepekohl: In der Nacht vom 9. zum 10. März (1933), kurz nachdem unsere Zeitung ihr Erscheinen einstellen musste. Wir (die Belegschaft der Fränkischen Tagespost) harrten damals im Redaktionsgebäude der Dinge, die da kommen sollten. Häußler: Haben die Nazis die Einrichtungen Ihres Redaktionssitzes wohl alsbald für ihr eigenes Regionalblatt Fränkische Tageszeitung in Beschlag genommen? Riepekohl: Das kam erst Monate später. Zunächst begnügten sie sich damit, alles zu demolieren.“

Auch Franz Haas, späterer Bürgermeister der Stadt Nürnberg war Augenzeuge der Geschehnisse vom März 1933: „An diesem Tag war ich nach Betriebsschluss im „Fränkischen Kurier“ mit anderen jungen Sozialisten am Ausgang des Fußgängertunnels verabredet, von wo aus wir die Vorgänge am Vorplatz des Redaktionsgebäudes beobachteten. Die Nazis waren mit Feuereifer dabei, Fahnen, Parteielemente und Bücher aus dem Fenster zu werfen. Als wir nachher in der Aufseßanlage den Stand der Dinge berieten, bemächtigte sich unser eine tiefe Niedergeschlagenheit. Ihr Leben für die Demokratie zu opfern, wäre unseren jungen Leuten damals plausibler gewesen, als tatenlos vor dem Grab ihrer Hoffnungen stehen zu müssen. Häußler: Wurde damals von Seiten des Reichsbanners kein organisierter Widerstand geplant oder versucht? Haas: Wir waren so gut wie waffenlos. Für unsere Schießübungen hatten wir nur Kleinkalibergewehre zur Verfügung, und nur der Ordnungsdienst bei den Versammlungen war mit Waffen ausgerüstet. Es waren alles in allem 20 Gewehre für den Raum Nürnberg.“

Wieder ein offenes Haus der Begegnung

Nach Ende des Krieges wurde das Haus nach einigem Hin und Her an die Fränkische Verlagsanstalt und die Sozialdemokratie zurückgegeben. Die „Fränkische Tagespost“ erschien nach der Vergabe der Lizenz durch die Alliierten noch bis ins Jahr 1971 und dann eingestellt. Unter anderem nutzen die Nürnberger Spruchkammern nach Ende des Krieges, Räumlichkeiten im Haus. Diese Tatsache veranlasste rechte Gruppierungen im Jahr 1947 zu einem Bombenanschlag auf das Gebäude. Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte sich das Haus zu einem beliebten Veranstaltungszentrum. Nach der Generalsanierung in den Jahren 2020 bis 2022 erstrahlt es in neuem Glanz: SPD, Fränkische Verlagsanstalt und Arbeiterwohlfahrt sind zurück an dem Ort, der bis heute für Solidarität, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit steht.

Ein Austausch von Canan Candemir mit Sozialreferentin Elisabeth Ries und Gewerkschaftssekretärin Jaana Hampel im Nachgang zur gleichnamigen ASF-Veranstaltungsreihe „Wort + Cafe“ vom 26.11.2022.

Elisabeth Ries ist als Referentin für Jugend, Familie und Soziales für einige der Stellenschrauben zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (mit verantwortlich: u.a. für Kitas und Tagespflege beim Jugendamt, das Bündnis für Familie, das Jobcenter und den Pflegestützpunkt im Seniorenamt.

Jaana Hampel arbeitet bei ver.di und unterstützt Kolleg*innen im Einzelhandel ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das reicht von Tarifkämpfen, Betriebsratsgründungen, Vereinbarungen zu guter Arbeit bis hin zur Durchsetzung von gesunden Arbeitszeiten. Der Einzelhandel ist eine Branche, in der sehr viele Frauen beschäftigt sind. Daher hat fast jeder Kampf innerhalb und außerhalb auch mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun.

Was sind aktuelle Forderungen der Gewerkschaften für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Jaana Hampel: Im Handel spielt gerade das Thema unfreiwillige Teilzeit eine große Rolle. Kolleg*innen bekommen in Vollzeit nicht die Flexibilität, die es braucht, um Kinder zu versorgen. Deshalb müssen sie Teilzeit arbeiten, oft schlechter bezahlt - ein Teufelskreis, aus dem sie häufig nicht mehr rauskommen. Es braucht eine Regelung, die Vollzeit familienfreundlich zu gestalten und das Rückkehrrecht auf den alten Job bezogen auf die frühere Stundenzahl.

Außerdem muss die Diskussion um längere Ladenöffnungszeiten und Sonntagsöffnungen endlich ein Ende haben. Kolleg*innen werden gezwungen, an Sonntagen zu arbeiten. Einzelgespräche und Drohungen sind an der Tagesordnung. Familienfeindliche Arbeitszeiten, die nicht mehr Umsätze generieren, sondern Umsätze zu den großen Händlern verlagern, sind nicht das, was wir brauchen, um den Handel zu stabilisieren. Sie höhlen das System aus und das zulasten der Kolleg*innen und ihren Familien.

Zudem brauchen wir dringend die Allgemeinverbindlichkeit des bayrischen Einzelhandel-Tarifvertrags. Nur noch 20% der Handelsbetriebe sind tarifgebunden. Die anderen unterlaufen diesen radikal. Es braucht diese Mindestgrenze, um Kolleg*innen zu schützen, vor Dumpinglöhnen und anderer Ausbeutung, die massive Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben.

WIE KANN EINE BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF GELINGEN?

Corona, Personalmangel und Streiks. Die häufigen Schließzeiten von Kindertageseinrichtungen haben bei vielen Nürnberger Eltern zur Verzweiflung geführt. Funktioniert Kinderbetreuung auch in Krisenzeiten?

Elisabeth Ries: Die von persönlichen Beziehungen lebenden sozialen und Bildungseinrichtungen können bei flächendeckenden Kontaktverboten nicht funktionieren. Dass die sozialen Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, von Menschen in Pflegeeinrichtungen höhere Priorität bei politischen Abwägungen brauchen, ist sicher eine Lehre aus der Coronazeit. Aber: Unter den äußerst schwierigen Bedingungen der Pandemie, aber auch in anderen Krisen und Engpässen leisten die Kolleg*innen in den Kitas Enormes und gehen bis zur Erschöpfung, um Eltern eben nicht verzweifeln zu lassen. Das Krisen-Ausmaß übersteigt aber manchmal auch die besten Kräfte.

Hand aufs Herz: Haben wir genug gute Kindertageseinrichtungen in Nürnberg?

Elisabeth Ries: Wir haben rund 30.000 Plätze in Kitas und in der Tagespflege. Wegen Zuzug und mehr Geburten gibt es noch keine Vollversorgung in Kindergärten, aber es wird jedes Jahr mehr. Ich ermuntere deshalb alle Eltern, sich beim Jugendamt zu melden, auch wenn es nicht auf Anhieb klappt. Für unter 3-Jährige ist die Versorgungsquote deutlich niedriger, aber auch die Nachfrage.

Eine lange Suche nach einem Krippenplatz ist sicher frustrierend. Grundsätzlich finden aber die allermeisten Eltern am Ende einen passenden Platz. Hier hat das „Kita-Portal“ Transparenz und Reaktionsgeschwindigkeit erhöht, aber die Platzsuche muss weiter einfacher und sorgenfreier werden. Als schwierig erleben zudem viele berufstätige Eltern den Übergang in die Grundschule – hier gibt es erst ab 2026 einen Rechtsanspruch. In Nürnberg gibt es für 75% der Grundschulkinde r Betreuungsplätze – wir bauen weiter aus.

Als Sozial- und Bildungspolitikerin bereitet mir aber vor allem Sorge, dass frühkindliche Bildung und Förderung stark von der Eigeninitiative der Eltern abhängt. Wer das leisten kann und den Bedarf klar formuliert, bekommt immer einen Platz. Aber diejenigen, die sich im Anmeldeprozess verlaufen, unser Bildungssystem zu wenig kennen oder überfordert sind, müssen uns als Sozialdemo-



krat*innen ebenso interessieren. Denn wir wissen: Frühkindliche Bildung ist besonders dann ausschlaggebend für den weiteren Lebensweg, wenn Eltern ihren Kindern selbst weniger soziales Kapital mitgeben können.

Wie erlebst Du die Situation von Müttern, die im Einzelhandel arbeiten?

Jaana Hampel: Angespant. Die Kolleg*innen versuchen, das Beste daraus zu machen. Wie ist mir oft unbegreiflich. In den Betrieben, in denen wir gewerkschaftlich stark sind, haben wir teils recht gute Regelungen. Das zeigt, dass es eigentlich geht und es schier am Willen der Arbeitgeber fehlt. Spannend ist, dass der Handel bei den reichsten Deutschen stets sehr präsent ist. In Bayern wurden z.B. während der Coronazeit die besten Umsätze der Geschichte erzielt. Gleichzeitig gehen Kolleg*innen, gerade Mütter in Altersarmut. Sie müssen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben, Aufstockungen beantragen. D.h. wir als Steuerzahler*innen zahlen dafür, dass sich einige wenige daran bereichern. Finanzielle Unabhängigkeit ist machbar. Auch und gerade im Handel.

Männer nehmen heute viel häufiger Elternzeit. Allerdings im Durchschnitt deutlich kürzer als Frauen, nur 3 Monate. Polemisch gefragt: Stecken wir noch in alten Geschlechterrollen fest oder sind Eltern nicht mutig genug, Änderungen am Arbeitsmarkt einzufordern? Eine paritätische Elternzeit wäre doch jetzt schon möglich.

Jaana Hampel: Ja. Aber wir dürfen hier finanzielle Abhängigkeiten nicht außer Acht lassen. Bei meinem Klientel ist es schlicht eine wirtschaftliche Entscheidung. Und das zu Lasten aller Beteiligten – der Mütter, Väter und Kinder. Höhere Löhne und eine Allgemeinverbindlichkeit der Einzelhandelsarbeitsverträge würden uns hier sehr helfen. Der Mut fehlt

meinen Leuten nicht, es fehlt der politische Wille! Wir fordern das seit Ewigkeiten.

Viel zu oft geht es bei der Diskussion um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf darum, Familien kompatibel für den Arbeitsmarkt zu machen. Dabei sollte es doch andersherum sein. Was muss sich ändern?

Elisabeth Ries: Der demografische Arbeitskräftemangel muss Unternehmen dazu motivieren, eingearbeitete und qualifizierte Mitarbeitende zu halten, indem sie ihre Lebensbedingungen stärker berücksichtigen. Diese Veränderungen dürfen aber nicht nur bei besser qualifizierten und bezahlten Beschäftigten wirken, sondern unbedingt in allen Branchen. Wenn Männer und Frauen gleichberechtigt Kindererziehung und Pflege ausüben, wird Vereinbarkeit besser gelingen. Zudem müssen wir uns in den sozialen Berufen besonders ins Zeug legen, denn Personalmangel in Pflege und Kita birgt das Risiko, dass Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit leiden.

Terminhinweise der ASF Nürnberg:

Samstag, den 11.02.2023, 10:00 Uhr:
Jahreshauptversammlung im
Karl-Bröger-Zentrum

Dienstag, den 14.02.2023, 19:00 Uhr:
Be our Valentine - Das etwas andere Valentinstags-
Date: Lesung mit Heike Specht zu ihrem Buch
„Die Ersten ihrer Art“ gemeinsam mit Renate
Schmidt, Bundesministerin a.D.
(öffentliche Veranstaltung)

Heike Specht und Renate Schmidt werden u.a.
darüber sprechen, was in der Politik fehlt, wenn
Frauen nicht mit am Verhandlungstisch sitzen
und was sich verbessert, wenn sie mitentscheiden.

Nähere Informationen zu den
Veranstaltungen folgen zeitnah.



DIE MENSCHEN IN MAXFELD WOLLEN IHRE POST- UND POSTBANKFILIALE BEHALTEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die Postfiliale am Schillerplatz in Maxfeld soll im kommenden Jahr geschlossen werden. Das ist insbesondere für ältere und körperlich eingeschränkte Bewohner*innen problematisch. Gemeinsam mit der zuständigen SPD-Stadträtin, Claudia Arabackyj, und dem örtlichen SPD-OV Vorsitzenden, Bernd Hampel, setzen wir uns für den Erhalt dieser Filiale ein. Wir haben bereits frühzeitig den Politikbeauftragten der Deutschen Post kontaktiert und eindringlich darauf hingewiesen, dass dieser Umstand für uns im Sinne der Anwohner*innen nicht tragbar ist. Wir erwarten von der Deutschen Post, dass sie ihren Auftrag der Daseinsvorsorge wahrnimmt und zumindest eine adäquate Nachfolgefiliale in Maxfeld anbietet.



ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JANUAR 2023

10.01.2023 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine bitte telefonisch unter
0911 43896 0 ausmachen

10.01.2023 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung

TSV Altenfurt,
Wohlauer Straße 16 (Skizimmer)

10.01.2023 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Vorstandssitzung

10.01.2023 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen

SIGENA-Plauenerstr. 7,
90491 Nürnberg

11.01.2023 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Gaststätte: Hammerschmiede
Laufamholzstr. 300

17.01.2023 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser:

Ulrich Blaschke, Michael Ziegler

Thema: Herausforderungen für die
Kultur in Nürnberg

24.01.2023 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine bitte telefonisch unter
0911 43896 0 ausmachen

27.01.2023 – 18:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof, Maxfeld, Wöhrd:

Gemeinsamer Neujahrsempfang
mit MdL Arif Tasdelen

Mensa der Konrad-Groß-Schule,
Oedenbergerstr.135, 90491 Nürnberg

**Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte in-
formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-
vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,
ob der jeweilige Termin stattfindet.**